

EUROPÄISCHES PARLAMENT

1999



2004

Plenarsitzungsdokument

19. April 2004

B5-0199/04

ENTSCHLIESSUNGSANTRAG

eingereicht im Anschluss an eine Erklärung der Kommission

gemäß Artikel 37 Absatz 2 der Geschäftsordnung

von Richard A. Balfe und Arie M. Oostlander

im Namen der PPE-DE-Fraktion

zu den Ergebnissen des Prozesses gegen Leyla Zana und weitere Personen in
Ankara

Entschließung des Europäischen Parlaments zu den Ergebnissen des Prozesses gegen Leyla Zana und weitere Personen in Ankara

Das Europäische Parlament,

- unter Hinweis auf seine früheren Entschlüsse zu den Menschenrechten in der Türkei,
 - insbesondere unter Hinweis auf seine Entschlüsse vom 1. April 2004 zu den Fortschritten der Türkei auf dem Weg zum Beitritt („Bericht Oostlander“),
 - gestützt auf Artikel 37 Absatz 2 seiner Geschäftsordnung,
- A. unter Hinweis darauf, dass Leyla Zana, Hatip Dicle, Orhan Dogan und Selim Sadak, türkische Parlamentarier kurdischer Herkunft der „DEP“, 1994 zu 15 Jahren Gefängnis infolge ihrer politischen Tätigkeit zugunsten der Grundrechte des kurdischen Volkes verurteilt wurden,
- B. unter Hinweis darauf, dass der Europäische Menschenrechtsgerichtshof von Straßburg in seinem Urteil vom 17. Juli 2001 die fehlende Unabhängigkeit und Unparteilichkeit des Staatssicherheitsgerichtshofs in Ankara, die Verletzung der Rechte der Verteidigung sowie die Präsenz von Militärrichtern festgestellt hatte, was die türkischen Behörden veranlasst hatte, ein neues Verfahren gegen Leyla Zana und weitere Personen einzuleiten,
- C. unter Hinweis darauf, dass die Türkei neue Gesetze verabschiedet hat, die die Wiederaufnahme der vom Europäischen Menschenrechtsgerichtshof in Straßburg als unfair bezeichneten Verfahren gestatten, und dass am 28. März 2003 ein neuer Prozess gegen Leyla Zana und weitere Personen eröffnet wurde,
- D. in Erwartung des für Mittwoch, 21. April 2004, angekündigten abschließenden Urteils in diesem Verfahren,
1. fordert in Erwartung des Ergebnisses des Prozesses die unverzügliche Freilassung von Leyla Zana, Sacharow-Preisträgerin 1995 des Europäischen Parlaments, sowie der drei ehemaligen türkischen Abgeordneten kurdischer Herkunft;
 2. vertritt die Auffassung, dass eine erneute Verurteilung der Angeklagten die Beziehungen zwischen der Europäischen Union und der Türkei schwer belasten würde;
 3. kritisiert die Verletzung der Rechte der Verteidigung im Verlauf des neuen Prozesses gegen Leyla Zana und weitere Personen, so u. a. die Anwesenheit des Staatsanwalts in allen Gremien, in denen die Richter aufgefördert waren, Beschlüsse über die Angeklagten zu fassen, die Nichtanerkennung des Rechts auf Freilassung der Angeklagten gemäß dem Urteil des Europäischen Menschenrechtsgerichtshofs in Straßburg vom 17. Juli 2001 sowie die Unmöglichkeit für die Verteidigung, die Wahrhaftigkeit der Anklagen des Staatsanwalts prüfen zu können;

4. bekräftigt seine Forderung nach einer unverzüglichen Abschaffung der Staatssicherheitsgerichte und verlangt von den türkischen Gremien in Parlament und Regierung konkrete Initiativen hinsichtlich dieses Dossiers;
5. fordert, dass im Fall einer Bestätigung des Urteils von 1994 gegen Leyla Zana und weitere Personen Leyla Zana, Hatip Dicle, Orghan Dogan und Selim Sadak sowie allen weiteren wegen Meinungsdelikten verurteilten Personen eine Amnestie gewährt wird;
6. beauftragt seinen Präsidenten, diese EntschlieÙung dem Rat, der Kommission sowie der Regierung und dem Parlament der Türkei zu übermitteln.